

Verantwortl. Redakteur: H. O. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: A. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.
vierteljährlich: durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Beilagen oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Anzeigen 30 Pf.

Der Sprengbombenwurf in der Pariser Deputiertenkammer

Legt eintönig Zeugnis ab von dem unheimlich raschen Wachstum der gegen Ordnung und Gesetz verschworenen Mächte der Finsternis, Krawall, der freche Dynamitbold des vorigen Jahres, erscheint klein und harmlos gegen die Freier, welche anläuglich die Grenzfälle in Barcelona vollbrachten und jetzt die Städte, wo das „sovereine“ Volk der französischen Republik in Person seiner Abgeordneten dem Probleme der „Selbstregierung“ obliegt, zur Stille ihrer Verbrennen wider die Menschheit machen. Während die Staaten sich an einer mehr formalen als realen Erfüllung ihrer Pflicht als Hüter der bestehenden Ordnung genügen lassen; während die nach Bildung und Geist zur ausschlaggebenden Stellung im öffentlichen Leben berufenen gesellschaftlichen Stände theils aus Bequemlichkeit, theils in unbegrifflicher Selbstverleumdung dem Anarchismus den anarchoistischen Sturmfluth müßig zuschauen, ist das Morebanditentum fieberhaft geschäftig. Es wird überall neue Rekruten, drückt dieselben nach allen Regeln der Verschönerungskunst für das benötigte Sprengmaterial und läßt, nachdem Zeit, Ort und Gelegenheit für günstig erkannt sind, seine Sendlinge gleich reißenden Bestien bald hier, bald da auf seine ahnungslosen Opfer los. An die Stelle der früheren Einzelattentate, bezw. neben denselben herlaufend, ist neuerdings die Praxis des Massenmordes getreten. Die Dynamitbolde suchen sich als Zielobjekte für ihre Sprenggeschosse jetzt absichtlich belebte Versammlungsorte, wie Theater, Kirchen, Parlamentsgebäude aus, entsprechend ihrer neu adoptierten Taktik, durch Erregung allgemeiner Panikzustände ihr Ziel, die Menschheit in chaotische Zustände zu versetzen, desto rascher zu erreichen.

Dass die im Staat und in der Gesellschaft zur Vertheidigung der höchsten Güter bestehenden Hüter des Bestehenden, ausgerüstet mit reichem, sowohl geistigen, als materiellen Mitteln, in ihrem Kampfe gegen den Terror aus der geordneten Autorität bisher so gut wie keinen Erfolg aufzuweisen haben, sollte jeden, der in irgend einer Form und irgend einem Grade für die Weiterentwicklung der öffentlichen Dinge mitverantwortlich ist, zu ernstlichem Nachdenken und gewissenhafter Selbstprüfung mahnen. Soviel ist gewiss: mit dem System des Gehens und Geschehens lassen sich nicht weiter, es sei denn auf dem Wege zum Abgrund. Staat und Gesellschaft, Behörden und Privats werden sich, bei Gefahr an ihrem eigenen Leib und Leben, entschließen müssen, und zwar ohne Zögern, den anarchischen Sitten der Herrschaft zu widerstehen. Es geht nicht an, daß man die jeder Autorität und damit jeder geordneten Veranlassung dominirenden Lehren eines Karl Marx, Bakunin, Kropotkin und ihrer proletarischen Nachbeter ungenügend durch Horren gerechtmäßiger Agitatoren mittels Rede, Schrift und Druck theoretisch verbreiten läßt und sich hinterher, wenn die Saat spärlich aufkeimt, verwundert die Augen reißt. Es geht nicht, daß man durch indifferentes Zusehen der von den sozialdemokratischen Fraktionsgewaltigen ihrem Publikum vorgespiegelten Komödie stiller Entschlossenheit über „anarchistische Vorfälle“ ein stillschweigendes Placet erteilt, während dessen wir selbst in Berlin anarchischen Konventikel, hervorgerufen aus der sozialistischen Propaganda, begehen. Wir wissen so gut als irgend jemand, daß die Herren Bebel, Liebknecht und Lüttichmann, welche in der heutigen sozialdemokratischen Bewegung ein beherrschendes Führerpaar spielen, an den Unthaten in Barcelona und Paris persönlich sehr maßlos sind und daß sie es eifrig meinen, wenn sie mit Rücksicht auf ihren eigenen Komfort die Dynamitkammer zu allen Tugenden mahnen. Aber sie bilden ein Unbegreifliches in der stette gegen Staat, Kirche und Eigentum gerichteten Agitation. Die von ihnen vertriebenen entsetzten Leidenschaft macht nicht gerade an der Stelle Halt, wo sie es wünschen. Für eine Hebelbewegung giebt es, auf der abschüssigen Bahn angelangt, kein Halten mehr. Wer sie entsetzt oder in der entsetzlichen eine aktive Rolle spielt, übernimmt er also die logische Mitverantwortlichkeit für alle ihre Konsequenzen bis zur letzten. Wer das nicht mag, lasse überhaupt die Hand davon. Principiell obsta! Daran ergibt sich aber für die Hüter und Vertheidiger des Autoritätsprinzips ihre ständige Verhältnisschwierigkeit ganz von selbst. Man darf nicht, nach Art bekannter sozialpolitischer Plätschereien, auf die Symptome losmarschieren, sondern muß das Uebel an der Wurzel packen, d. h. gegen den Ueberschuss geistiger Volkskrankheit ebenso gründliche und umfassende Vorbeugungsmaßregeln treffen, als gegen den Cholera bacillus. Es ist nicht einzusehen, warum vom Standpunkte der Volkshygiene aus die prophylaktische Bekämpfung der Cholera gebilligt, jene der Autoritätsuntergrabung aber mißbilligt oder gar gehindert werden sollte. Erst dann werden wir der anarchischen Infektion Herr werden, wenn eine für jedes, auch das blödeste Auge erkennbare Grenzlinie gezogen ist, welche jenen, den es angeht, befehrt, daß jenseits derselben der Kriegszustand mit Recht, Sitten und Gesetz beginnt, in welchem der Uebertreter ebenso wenig auf Verdon zu rechnen hat, als er selber — man vergleiche die ganze Reihe anarchischer Verbrechen bis zum Pariser Kammerattentat — solchen gewährt.

Ueber das Attentat wird weiter gemeldet:

Paris, 10. Dezember. Bailant hatte bei seiner Vernehmung im Palais Bourbon seinen wahren Namen angegeben und auf der Vernehmung war ein ihn betreffendes Attentat vorgeordnet worden. Nach dem Hotel Dieu überführt, erklärte Bailant dort, Marschal zu sein. Durch das Verhör wurde festgestellt, daß Bailant zwei Wohnungen hatte, die eine in Gochy le Roi, die andere in der Rue d'Anvers; in letzterer war er unter dem Namen Marschal bekannt. Bailant hielt seine Behauptung, keine Mischkinder bei der That gehabt zu haben, aufrecht. Er gab an, sich bei seinem Verbrechen eines kleinen eisernen Gefäßes bedient zu haben, in dem sich eine Möhre befand, welche mit der Säure gefüllt war, wodurch die Explosion verbeigeführt werden sollte. Bailant behauptete, daß sich in seiner Wohnung Rue d'Anvers Explosivstoffe befänden, doch ist bei der Hausdurchsuchung nur ein solches eisernes Gefäß gefunden worden, wie dasjenige, welches er zur Verfertigung der Bombe benutzte. — Von anderer Seite wird gemeldet, daß Bailant fünf

Mal wegen Diebstahls und anderer Vergehen bestraft worden ist. Hinsichtlich der Ausführung des Attentates erklärte Bailant, daß in dem Augenblick, als er die Bombe habe schleudern wollen, eine vor ihm stehende Frau, auf die er sich stützte, eine Bewegung gemacht habe, wodurch die Schwingkraft seines Armes gehemmt worden sei, so daß die Bombe auf das vorbringende Gesicht der Gallerie niederfiel und hier sofort explodirte. Daher wurden mehrere auf dieser Gallerie sitzende Zuschauer und Bailant selbst verwundet.

Paris, 10. Dezember. Alle Personen, welche im Hotel Dieu überwacht worden waren, sind wieder in Freiheit gesetzt worden. Die Polizei behielt nur Bailant und 5 oder 6 andere Verdächtige im Gewachsam.

Paris, 11. Dezember. Zwei Freunde des Anarchisten Bailant, welche diesen fast täglich besuchten, werden eifrig gesucht. Bei der in der Wohnung des Anarchisten Cohens, eines Holländers, vorgenommenen Hausdurchsuchung fand die Polizei Lupine Nöhren und auch eine große Anzahl von Briefen, die von Anarchisten herrühren. Cohens ist verhaftet worden. Weitere Verhaftungen ausländischer Anarchisten werden wahrscheinlich erfolgen.

Wien, 11. Dezember. Das Abgeordnetenhaus beschäftigt ebenso wie das ungarische Abgeordnetenhaus eine Sympathie-Rundgebung an die französische Kammer, insbesondere an deren Präsidenten Dupuy für seine müthige Haltung im Augenblicke des Attentats zu richten.

London, 11. Dezember. Auch hier ist der Eindruck, den das Pariser Bombenattentat hervorgerufen, allgemein ein ganz gewaltiger. Die Zeitungen, auch diejenigen radikaler Richtung, fordern einstimmig die entschlossensten und schärfsten Maßnahmen gegen die Anarchisten. „Times“ und „Daily News“ fordern Einschränkung der Rede- und Pressefreiheit für diese Unmenschen, „Daily Chronicle“ verlangt die Aufhebung des Haftrechts für die Anarchisten. Wie bekannt, will die Regierung nunmehr mit den anderen Mächten gemeinsame Maßregeln gegen den Anarchismus vorbereiten. Um zu verhüten, daß die Anarchisten von Frankreich aus in größerer Zahl nach England überziehen, ist in sämtlichen Hafenstädten bereits eine scharfe Kontrolle aller Verdächtigen angeordnet worden.

E. L. Berlin, 11. Dezember.

Deutscher Reichstag.

17. Sitzung vom 11. Dezember.

Präsident v. Levetzow eröffnet die Sitzung um 1 Uhr.

Der Bericht der Reichsschulden-Kommission wird an die Rechnungskommission gewiesen.

Es folgt die dritte Veranlassung der kaiserlichen Verordnungen vom 29. Juli resp. 17. August d. J., betreffend die Erhebung eines Hypothekenzolls für die aus Ausland bezw. aus Ausland kommenden Waaren.

Hierzu liegen folgende Resolutionen vor:
1. von der Abg. Fr. v. Heereman (Str.) und Möller-Dormund (nfr.): Die verbleibenden Regierungen aufzufordern, dahin Vorkehrung zu treffen, daß die Ausnahme-Bestimmungen des § 2 der Verordnungen vom 29. Juli und 17. August d. J., nach welchen die sofort eintretende Erhebung der Zölle auf diejenigen Waaren, welche vor dem Tage des Inkrafttretens derselben die russische bezw. finnische Grenze überschritten haben, keine Anwendung finden sollen, dahin ausgedehnt werden, daß auch diejenigen Waaren (die ohne Einhaltung der vorgeschriebenen Termine eingegangen bezw. zur Verfolgung gebracht sind), deren Verlieferung aber durch rechtskräftige, nachweislich vor jenem Tage in gutem Glauben für deutsche Rechnung abgeschlossene Verträge bedungen war, gleichfalls in den alten bestehenden Sätzen des Zolltarifs (ohne Zuschlag der Kampfschiffe) eingelassen werden bezw. daß die dieselben bereits gezahlten Beiträge der Zölle, welche die Verordnungen erlassen werden.“ 2. von der Abg. v. Salisch und Genossen (kon.): „Die verbleibenden Regierungen zu ermahnen, dem Reichstage sogleich einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen in Ergänzung der Vorschriften des § 6 des Zolltarifs vom 15. Juli 1879 auch solche Waaren, welche zollfrei sind, unter der dort geschriebenen Voraussetzung mit Zöllen belegt werden können.“

Handschriftlich geht einer noch eine Resolution Lutz u. Gen. (kon.) ein, den Hypothekenzoll gegen Ausland auf die Höhe des von Ausland selbst erhobenen Hypothekenzolls zu erhöhen.

Abg. Möller (natl.): Es sind Zweifel laut geworden, ob die auf Transatlantiker genommene Waare anders behandelt werden soll, als die bereits eingeführte Waare. Meiner Ansicht nach müssen beide Arten Waaren gleich behandelt werden. Ferner sind Zweifel entstanden, ob Waaren, die bis heute noch nicht verzollt sind und deren Verlieferung auf eine Reihe von Jahren abgeschlossen ist, der Veranlassung theilhaftig werden sollen. Ich meine, jezt bona fide vor dem 29. Juli abgeschlossene Verträge müßten von dem Zollzuschlag befreit sein. Die von mir beantragte Resolution bitte ich anzunehmen, dagegen bitte ich die Resolutionen Salisch und Lutz abzulehnen. Wir können doch den Zollkrieg nicht noch verschärfen wollen!

Staatssekretär v. Bötticher erwidert kurz, der Bundesrat würde in jedem einzelnen Falle nachvollständig prüfen, ob bei dem Abschlusse russischer Waare die bona fides anzunehmen sei, und werde, bei dem Fehlen, von dem Zollzuschlag absehen.

Abg. Gamp (Reichsp.): Wir müssen gewärtig sein, daß der Zollkrieg von Ausland noch verschärft wird, und da alsdann auch unsere Regierung Waffen in der Hand haben muß, bitten wir Sie, die Resolution Salisch anzunehmen. (Präsident v. Levetzow erinnert daran, daß die Debatte über die Resolutionen Möller und von Salisch bereits endlich geschlossen worden sei.) Redner führt dann noch aus, daß die von der Resolution Möller umfaßten Fälle jedenfalls genau geprüft und nicht interpretiert werden müßten.

Abg. v. Heereman (Str.) regt an, die Diskussion auch noch wiederum auf die Resolutionen Möller und v. Salisch auszuweiten. Gegen die von dem Redner mitgetragene Resolution Möller könne ja auch der Vorredner alle Bedenken fallen lassen, da die Resolution ja nur an das Wohlwollen der Regierung appelliere und die bona fides als Voraussetzung hinstelle. Darnach

könne es sich ja auch nur um Lieferungsverträge handeln, die vor dem 29. Juli abgeschlossen worden seien. Was die Resolution Lutz anlangt, so würde er kein Bedenken haben, sie an eine Kommission zu verweisen.

Abg. Graf Mirbach erklärt, seine Freunde würden gegen den Antrag Heereman stimmen. Was die Resolution Möller-Heereman anlangt, so wünschten auch sie Wohlwollen gegen private Interessen, aber dasselbe dürfte nicht zu weit getrieben werden. Wo spekulative Interessen vorlägen und wo in der Erwartung auf Rückzahlung des Zollsatzes der Import vermehrt worden sei, da liege kein Grund vor, die Anträge auf Zollrückzahlung zu berücksichtigen. Es müsse daher in jedem Falle genau geprüft werden.

Abg. v. Salisch, für seine Resolution eintretend, behauptet, daß hinsichtlich einer Reihe von Artikeln der Zollschutz gegen Ausland ein ungenügender sei. So können ganze Heerden Gänse über die russische Grenze. Das Wichtigste aber sei der Gefährdungsfall. Namentlich liege ein Gefährdungsfall im Interesse Schiffsens und des Niederbaues.

Abg. Hamacher: Ich muß doch darauf aufmerksam machen, daß der Vorredner hier für definitive Nachschuß überhaupt spricht, während er in seinem Antrage nur Kampfschiffe, also provisorische, verlangt. Ich begnüge mich damit, diesen Widerspruch festzustellen und außerdem den Ausführungen des Vorredners im Allgemeinen zu widersprechen.

Nach einer Reihe ganz kurzer Auseinandersetzungen über dieses scheinlich aufgetauchte Verlangen nach einem Nachschuß überhaupt, zwischen v. Kardorff, Hamacher, v. Salisch, v. Kardorff und Graf Mirbach, und nachdem Präsident v. Levetzow nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß ja die Debatte über die Resolutionen v. Salisch und Möller geschlossen sei, empfiehlt

Abg. Lutz (kon.) seine Resolution im Interesse des deutschen Hopfenbaues. Auch

Abg. Richter (Str.) vertritt, wie die Zustände jetzt seien, seien sie unbillig. Die deutschen Hopfenbauer wollten keinen eigentlichen Zollschutz, sie wollten aber wenigstens unter den gleichen Verhältnissen arbeiten, wie das Ausland. Noch bis 1889 habe Deutschland viel Hopfen nach Ausland importiert, seitdem aber werde viel geringwertiger Hopfen aus Ausland eingeführt und dann mit deutschem gemischt. Das wäre kein Unglück, wenn nicht viele deutsche Brauereien von den Hopfenhändlern zu abhängig wären. Man möge deshalb wenigstens den Antrag Lutz an eine Kommission verweisen.

Abg. Richter: Dieser Antrag steht in gar keinem Zusammenhang mit der Tagesordnung. Mit demselben Rechte, wie bezüglich Hopfens, könnten Sie auch in Bezug auf noch vier oder fünf andere Artikel ähnliche Anträge stellen. Dabei stellen Sie uns nicht einmal Material mit, auf Grund dessen wir uns ein Urteil bilden könnten. Ergeben Sie deshalb den Gegenstand von der Tagesordnung ab! Ich habe mich wenigstens schnell etwas zu orientieren gesucht und gefunden, daß in 1892 die Einfuhr von Hopfen 5 Millionen und die Ausfuhr 24 Millionen betrug. Da haben wir doch gewiß keinen Anlaß, über einen solchen Antrag die Beschlußfassung zu überlegen. Ich beantrage deshalb formell, die Resolution Lutz von der Tagesordnung abzulehnen.

Abg. Kardorff (nfr.) stimmt diesem Verstande zu, entnimmt aber aus der heutigen Verhandlung allerdings den Wunsch, daß die Regierung aufpassen möge, eine Gleichstellung des russischen Hopfenzolls mit dem unsrigen durchzuführen.

Abg. Richter entgegnet, in der Kommission werde Gelegenheit genug zur Verlegung von Material gegeben sein.

Abg. Lutz vertritt nochmals, der deutsche Hopfenbau leide in der That stark durch die russische Konkurrenz.

Die Diskussion ist damit beendet; die Zollverordnung wird definitiv genehmigt (gegen Freisinnige und Sozialdemokraten), ferner die Resolution Möller v. Heereman gegen die Konföderativen angenommen und die Resolution v. Salisch gegen die ganze Linke, sowie die Resolution Lutz gegen die entschiedene Linke an die Handelsverträge-Kommission verwiesen.

Es folgt die dritte Veranlassung des Handelsvertrages mit Kolumbien. Beim Artikel 5, welcher die Schadloshaltung für Verletzung deutschen Eigentums vorsehe, im Falle der Teilnahme an politischen Wirren oder im Falle von Unruhen wider Völkerschaften, hebt der

Abg. Haffner (natl.) hervor, wie häufig in jenen Gebieten politische Wirren seien und wie bedenklich daher eine solche Vertragsbestimmung sei.

Staatssekretär von Marschall erwidert: Seht seitens des deutschen Reiches habe der Deutsche im Auslande nur nach Maßgabe der völkerrechtlichen Bestimmungen zu beanspruchen. Die vom Vorredner beantragten Bestimmungen würden sich in jedem derartigen Verträge finden.

Abg. Freze (Reichsp.): In Kolumbien sind zahlreiche Niederlassungen Deutscher und wenn diese keinen Widerspruch gegen den Vertrag erhoben haben, haben auch wir keinen Grund, ihn nicht anzunehmen.

Der Vertrag wird nun definitiv genehmigt. Debatte wird in dritter Lesung das Zusatzprotokoll zu dem internationalen Verträge zur Unterdrückung des Drogenhandels unter den Nordseefahrern auf hoher See angenommen, ebenso in zweiter Lesung das Marken- und Musterrecht-Übereinkommen mit Serbien.

Es folgt die Interpellation der Abg. Werner (Reichsp.) und Genossen (unterstützt von Mitglieder der konservativen, nationalliberalen Partei und der freisinnigen Vereinigung) dahin lautend: „Sind die verbleibenden Regierungen geneigt, angesichts der allgemeinen schlechten Geschäftslage dieses Jahres für die im § 105 e der Gewerbeordnung angeführten Gewerbe eine Verlängerung der Geschäftsstunden bis Abends 10 Uhr am 24. und 31. Dezember d. J. eintreten zu lassen?“

Staatssekretär Dr. v. Bötticher erklärt sich bereit, die Interpellation sofort zu beantworten.

Abg. Werner (natl.) begründet die Interpellation. Die allgemeine Geschäftslage ist eine schlechte, überall hört man Klagen. Nichts läge aber den Interpellanten ferner, als ein Angriff auf die Sonntagsruhe; diese soll im Gegentheile aufrecht erhalten werden; aber hier handelt es sich um eine Ausnahme, welche die Regel befreit. Es besteht für Geschäftslente eine dringende Nothwendigkeit für die in der Interpellation

enthaltene Forderung. Erfreulicher Weise haben verschiedene Polizeibehörden sich bereits ganz im Sinne der Interpellation entschieden. Es ist ganz unbegreiflich, wie die „Kreuz-Zg.“ sich gegen die Interpellation erklären und mit den Sozialdemokraten verbünden konnte. Es ist dringend zu wünschen, daß hier über die Stellung der Konföderativen Klarheit geschaffen wird. Die Befürchtung, daß wir den Sozialdemokraten Vorschub leisten, wird ja wohl der Herr Reichskanzler nicht haben; denn die Sozialdemokraten haben in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung unsern Antrag lebhaft bekämpft.

Staatssekretär Dr. von Bötticher: Der Herr Reichskanzler würde ebenfalls in der Lage sein, dem Vorredner eine zufriedenstellende Antwort zu geben, denn die verbleibenden Regierungen oder der Bundesrat ist gar nicht zuständig, Bestimmungen zu treffen, wie sie hier gewünscht werden. Die allein zuständigen Behörden, die in dieser Angelegenheit entscheiden können, sind nach den Bestimmungen der Novelle zur Gewerbeordnung die Regierungen bezw. die höheren Verwaltungsbehörden; sie allein können Ausnahmen für den Weihnachtverkehr treffen, wie sie hier verlangt werden. Die Zweckmäßigkeit dieser Einrichtung ist auch allerorts anerkannt, denn diese Behörden allein sind in der Lage, über Gewerbezeiten, Sitten und besondere Eigenthümlichkeiten einzelner Landestheile zu entscheiden und nur in ganz besonderen Ausnahmefällen steht dem Bundesrat das Recht zu, Ausnahmestimmungen zu treffen. Mit solchen muß jedenfalls sehr vorsichtig umgegangen werden, denn es fehlt nicht an Stimmen, die sich sehr entschieden gegen die von den Interpellanten ausgesprochenen Wünsche geäußert haben. Es ist dies namentlich von dem Reichsverein der Kaufleute in Berlin geschehen, der erst vor Kurzem sich mit der Bitte an den preussischen Herrn Handelsminister gewandt hat, um eine sehr beschränkte Ausdehnung der Geschäftsstunden (bis 6 Uhr Abends) für die Sonntage vor Weihnachten zu gestatten. Sie sehen daraus, daß auch diese Interpellation ihre zwei Seiten hat. Ich kann also nur anheimgeben, die wünschenden Behörden zu befragen.

Es meldet sich Niemand weiter zum Wort. Die Besprechung der Interpellation ist damit erledigt.

Es folgt die Veranlassung des zwischen dem Reich und der Schweiz getroffenen Abkommens betreffend den gegenseitigen Patent-Muster- und Markenrecht.

Abg. Dr. Hamacher (natl.) hat gegen Einzelheiten des Vertrages Bedenken und wünscht Vorberatung in einer Kommission.

Vom Regierungssitze aus wird darauf hingewiesen, daß die Regierung gegen die Kommissionsberatung nichts einzuwenden habe; das Abkommen sei gegen jedweden natürlichen Kündigung geschlossen und könne also, falls es ungünstig wäre, leicht gelöst werden.

Die Vorlage geht, gemäß einem Antrage Komplex (Zentrum), an die Kommission für die Handelsverträge.

Sodann folgt die Veranlassung des Gesetz-Entwurfs betr. die Unterfertigung von Urkunden aus den Kriegern vor 1870.

Berichterhatter Abg. Dr. Pieschel (natl.) befragt die Beschlässe der Kommission, welche die Regierungen-Vorlage namentlich dahin geändert hat, daß die fakultativen Bestimmungen der Vorlage obligatorisch gefaßt werden. Unterfertigungen an die Hinterbliebenen der Anwärter vor 1870 sind ebenso hoch zu bemessen, wie für Hinterbliebene der Anwärter nach 1870. Soweit die Anwärter nur mittelbar den durch die Verlegung erhaltenen Leiden erlegen sind, können Unterfertigungen an die Hinterbliebenen gewährt werden.

Abg. Prinz Schönaich-Carolath (natl.) befragt eine beim Hause eingegangene Petition, die Anwaltskassenpositionen bei der Unterfertigung der Urkunden im Gemeinde- und Staatsdienst künftig nicht mehr in Abzug zu bringen, wenn das Einkommen der Stelle die Höhe der Pension übersteigt.

Abg. Dr. Bachem (Str.) unterstützt den Wunsch des Vorredners. Es liege eine absehbare große Anzahl von Fällen vor, in denen Landwehrleute in Folge der Wanderversicherung erkrankt und gestorben sind. Er wolle gegen die obere Armeeleitung keine Kritik üben, desto wichtiger sei, solchen Anwärtern die nötige Unterstützung in Krankheitsfällen und ihren Hinterbliebenen für den Todesfall des Engherers zu sichern. Redner wünscht zu wissen, wie viel Landwehrleute bei den letzten Kaiser-Märschen in Elsaß-Lothringen zu Schaden und zu Tode gekommen sind.

Abg. Richter schließt sich der Anregung Bachems an. Das Prinzip der Unfallversicherung müsse auch für den öffentlichen Dienst eingeführt werden. Es handelt sich hier um eine Lücke in der Gesetzgebung; das Entscheidungsprinzip der Unfallversicherung gilt heute nur für private Verhältnisse; wir müssen darauf drängen, daß es auch für die Behörden maßgebend wird.

Abg. Bebel: Ueber die angeregten Fragen hat das Reichstag bei der Staatsberatung noch nähere Erörterungen anzustellen haben. Besonders aber muß gewartet werden, dem Verlangen der Regierung nachzukommen, dem Invalidenfonds 6 Millionen zu entnehmen und damit den Vertriebenen des Reiches zu vertheilen. Geht das, dann wird es bei jeder Forderung auf Erhöhung der Invaliden-Unterstützungen heißen: Wir haben kein Geld!

§ 1 der Vorlage wird angenommen, ebenso der Rest der Vorlage nach den Beschläffen der Kommission ohne wesentliche Debatte.

Hierauf folgt der Antrag Benda u. Gen. die Eisenbahnfahrkarten der Reichstagsmitglieder betreffend.

Der Antrag lautet: „Den Herrn Reichstagskämmlern zu erlauben, die Mitglieder des Reichstags gewährt freien Eisenbahnfahrkarten unter den Bedingungen, wie dieselben vom Beginn der zweiten bis zum Schlusse der fünften Legislaturperiode im Gebrauch gewesen sind, wieder herzustellen und dem Reichstage von der Entschließung hierüber schriftlich Mittheilung machen zu wollen.“

Abg. Benda begründet den Antrag. Man habe sich unter allen Parteien dahin geeinigt, über die Sache möglichst wenig zu sagen, sondern einfach zu beschließen. Es verlange, daß ein Herr gegen den Antrag sprechen wolle; Redner will abwarten, was der betreffende Herr zu sagen hat.

Abg. Gamp (Reichsp.) (mit allgemeinem Applaus) führt aus, daß man den Abgeordneten allenfalls Karten nach ihrem Wahlkreise zur Verfügung stellt; allein der Antrag geht zu weit.

Der Antrag lautet: „Den Herrn Reichstagskämmlern zu erlauben, die Mitglieder des Reichstags gewährt freien Eisenbahnfahrkarten unter den Bedingungen, wie dieselben vom Beginn der zweiten bis zum Schlusse der fünften Legislaturperiode im Gebrauch gewesen sind, wieder herzustellen und dem Reichstage von der Entschließung hierüber schriftlich Mittheilung machen zu wollen.“

Abg. Benda begründet den Antrag. Man habe sich unter allen Parteien dahin geeinigt, über die Sache möglichst wenig zu sagen, sondern einfach zu beschließen. Es verlange, daß ein Herr gegen den Antrag sprechen wolle; Redner will abwarten, was der betreffende Herr zu sagen hat.

Abg. Gamp (Reichsp.) (mit allgemeinem Applaus) führt aus, daß man den Abgeordneten allenfalls Karten nach ihrem Wahlkreise zur Verfügung stellt; allein der Antrag geht zu weit.

Die Abg. Windthorst und Schulze-Delitzsch forderten ebenfalls nur Karten mit beschränkter Gültigkeit. (Ruf: Schulze-Delitzsch fordert Fahrkarten und Dienen zu wählen habe, so stimme ich für Dienen. (Weiterer Ruf: Diese Karten kommen nur den Agitatoren zu Gute. (Ruf: Mollte!)) Es ist jedenfalls nicht wahrscheinlich, daß die Fahrkarten dazu benutzt werden, damit die Abgeordneten sich von den Zuständen im Lande überzeugen.

Abg. v. Kardorff (Reichsp.) widerspricht seinem Vorredner; er stimmt mit einem großen Theile seiner Freunde für den Antrag. In der Ausübung der Freiheiten habe er eine Beschränkung der Rechte des Reichstages erblickt. (Beifall.)

Abg. Richter konstatiert, daß Schulze-Delitzsch sich für Dienen und Reichstagen erklärt habe und unter dieser Bedingung gegen unbefristete Reichstagen.

Abg. Gamp findet darin eine Bestätigung seiner Ausführungen. (Weiterer Beifall.)

Der Antrag wird angenommen, gegen denselben stimmen Abgeordnete v. Stumm, v. Standt, Graf Arnim, Schulz-Peters und Gamp.

Hierauf verlag sich das Haus.

Nächste Sitzung: Morgen 1 Uhr.

Tagesordnung: Handelsverträge mit Spanien, Rumänien, Serbien.

Schluss 5 Uhr.

Deutschland.

△ Berlin, 11. Dezember. Der Kaiser war, während er in Barch weilte, von dem Pariser Bombenattentat benachrichtigt worden. Er schien dadurch sehr überrascht und drückte seinen tiefen Abscheu gegen die Urheber solcher Unthaten aus. Hierfür heute das Gerücht, der Kaiser habe selbst die Meinung ausgesprochen, daß nur durch die schärfsten Maßregeln Abhilfe geschaffen werden kann.

Wie dem „E.L.“ berichtet wird, ist der bisherige württembergische Gesandte in Berlin, von Moser, seit seiner Rückkehr nach Stuttgart wiederholt vom König empfangen worden, bei dem er nach wie vor in Gunst steht. Die Besart, daß Meinungsverschiedenheiten mit dem Ministerpräsidenten Herrn v. Mittnacht zum Rücktritt des Herrn v. Moser Ulaß gaben, findet in Stuttgart keinen Glauben.

Die Erörterungen über den angeblichen Plan einer Militär-Konvention, nach welcher das württembergische Armeekorps seine Selbstständigkeit gänzlich verlieren soll, nehmen ihren Fortgang. Doch wird darauf hingewiesen, daß es sich bei dieser Frage um eine Verfassungsänderung handeln würde, für welche nach der württembergischen Verfassung eine Zweidrittelmehrheit beider Kammern notwendig wäre.

Wie die „Deutsche Warte“ mittheilt, wird die Reichsregierung keine Initiative zur internationalen Anarchistenbekämpfung, wie russisch vorgeschlagen, ergreifen.

Von der „D. W.“ war die Mittheilung gebracht worden, daß „als Resultat der letzten dringenden Reichstagsdebatten man in parlamentarischen Kreisen das Scheitern der Reichs- und Tabaksteuer konstatirte und daß bereits eine Umwandlung der letzteren in eine Rohabaksteuer geplant werde.“ Hierzu bemerkt die „D. W.“, daß diese Nachricht jeder Begründung entbehre. Was speziell den letzten Satz betreffe, so sei zu bemerken, daß die Regierung mit der Frage der Rohabaksteuer sich schon im vorigen Jahre beschäftigt habe. Sie sei damals von der Verfolgung des Projekts zurückgetreten, nachdem dasselbe von den Sachverständigen Brenns und Hamburgs für undurchführbar erklärt worden war. Die Regierung werde, was speziell die Frage einer höheren Besteuerung des Tabaks betreffe, nicht nur an der jetzigen Vorlage, sondern auch an dem System derselben festhalten.

Der Verband deutscher Kleinindustrieller hat in seiner letzten Generalversammlung beschlossen, zur Wiederbelebung des Reichsbundes in Deutschland eine größere Summe aus Verbandsmitteln bereitzustellen. Gleichzeitig ist eine Kommission ernannt worden, der die Aufgabe zufällt, einen Plan behufs zweckmäßiger Verwendung des Betrages anzuarbeiten.

Mannheim, 11. Dezember. In Neustadt a. Rh. fand gestern eine von 5000 Personen besuchte Wintereröffnungssitzung statt, welche energisch gegen die Weinsteuer protestirte. Referenten waren Dr. Buhl-Deidesheim, Sartorius-Mosbach, Angler-Kandau. Unterbreitung wurde aus Patershausen erklärt namens des Bundes der deutschen Landwirthe, daß die dem Bunde angehörigen Abgeordneten gegen die Weinsteuer stimmen werden. Die Versammlung ernannte eine aus den Herren Dr. Eiben-Deidesheim, Angler-Kandau, Sartorius-Mosbach bestehende Kommission behufs Besprechung mit dem Reichstagsabgeordneten in Berlin.

Leipzig, 11. Dezember. Das Reichsgericht hat das Urtheil des Landgerichts Gotha vom 7. Oktober 1893, durch welches der Redakteur Boshart wegen Verletzung des Ministeriums zu 3 Monaten Gefängnis verurtheilt worden war, aufgehoben, weil der Verurtheilte vom Verurtheilten nicht genügend berücksichtigt und die unter Auflage gestellten Artikel des „Gothaer Tageblatts“ nicht verlesen waren. Die Sache wurde nach Meinungen verwiesen.

Oesterreich-Ungarn.

Wels, 10. Dezember. Der Kaiser ist in Begleitung eines Jäger-Adjutanten nach 12 Uhr Mittags hier eingetroffen und von dem Erzherzog Franz Salvator am Bahnhofe begrüßt worden. Außerdem hatte sich Oberst Castiglione, Bezirkshauptmann Jäger und Bürgermeister Schauer zum Empfangе eingeladen. Der Kaiser richtete an jeden der Erschienenen einige wohlwollende Worte und setzte hierauf die Fahrt nach Schloß Pöchlarn fort.

Peß, 11. Dezember. Dem „Magyar Ujsag“ zufolge würde in der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wahrscheinlich beantragt werden, im ungarischen Abgeordnetenhaus ein aus Mitgliedern aller Parteien bestehendes Komitee zu bilden, um zu einer internationalen Verständigung darüber zu gelangen, wie parlamentarische Freiheit und Sicherheit der regierenden Häuser, die Fundamente der Staatsordnung gegen die Epidemie des Anarchismus geschützt werden könnten. Der Antragsteller werde von Einbringung seines Antrages eine Besprechung mit dem Ministerpräsidenten haben.

Schweiz.
Bern, 11. Dezember. Der Bundesrath hat die Einführung der mitteleuropäischen Zeit für die Eisenbahn-, Post- und Telegraphen-Verwaltung vom 1. Juni n. J. ab verfügt.

Paris 11. Dezember. In der heutigen Sitzung der Deputiertenkammer diskutierten, wie in parlamentarischen Kreisen verläuft, wobei der Sozialistenantrag betreffs einer Erbschaftsteuer noch der über die familiäre Angelegenheit zur Sprache kommen und nur die von der Regierung eingebrachten Vorlagen über eine Verschärfung des Pressgesetzes sowie über eine Kreditförderung Jekhs Vermehrung der Polizei zur Bekämpfung der Anarchiegefahr zur Beratung gelangen.

Madrid, 11. Dezember. Die Kommission für die Handelsverträge stimmte dem mit Belgien getroffenen Vertrage bei. Spanien wird Belgien für Industrieartikel bedeutende Tarifierleichterungen gewähren; Belgien dagegen billigt solche auf Weine und Ackerbauprodukte zu.

London, 8. December. Die schottischen Vergleute, die sich an Gladstone gewandt haben, damit das Ministerium auch ihre Arbeitsfreistigkeiten schlichte, sind nicht sehr gnädig beschieden worden. Gladstone meint, daß der Fall der schottischen und der englischen Grubenarbeiter nicht identisch sei. Bei den letzteren wären alle Bemühungen von Privatpersonen und Lokalbehörden geseigert. Erst dann habe sich Lord Rosebery bequemt, die Vermittlerrolle zu übernehmen. Ein Ministerium oder ein einzelner Minister sei nicht das geeignete Organ, an das man sich zur Ueberwindung von Schwierigkeiten privater Natur wenden dürfe. So weit sei die Sache der schottischen Vergleute noch nicht gediehen.

Auch die Mäßigkeitsvereine haben den greifen Premier mit einer Abordnung bedacht. So verknüpfte sich Gladstone sonst auszudrücken pflegt, so hat er doch niemals ein Hehl daraus gemacht, daß seiner Ansicht nach der Strom der berechtigten öffentlichen Meinung in England auf Beschränkung des Wirthsgewerbes ginge. Gladstones rechte Hand, der Schatzsekretär Sir William Harcourt, der Sohn eines anglistanigen Erzbischofs, hat in der Sache fast noch strengere Ansichten als sein Chei. Dieser nahm gestern zuerst das Wort. Die Abornung möge beruhigt über das Schickial der eingebrachten lokalen Veto-Bill sein. Die Mäßigkeitsvereine müßten nur nicht mit einem Male zu viel fordern. Schluß aller Wirthschaften am Sonntag sei zur Zeit nicht durchführbar. Ebenso wenig Aufhebung oberflachte Beschränkung der Wirthshäuser auf dem flachen Lande. Eine Reform wolle die Regierung, so weit es an ihr liege, durchsetzen.

Auf der gestrigen Londoner Jahresversammlung des Verbandes der englischen Landwirthe wurde wiederum das Agellied der britischen Farmer angestimmt. Der Vorsitzende, der Earl von Winchelsea, konnte nicht sagen, daß das letzte Jahr Besserung gebracht habe. In Süd-England haben sich die Dinge eher verschlimmert. Immer noch Land werde unbearbeitet gelassen. Die jetzige Verarmung sei wesentlich anders zusammengefaßt, als die des letzten Jahres. Unter den 1100 Delegirten befänden sich 250 wirkliche landwirtschaftliche Arbeiter. Der Earl von Winchelsea wollte nicht dem Schutz Zoll das Wort reden. Auch sei lasteten in England zu hohe Steuern auf dem Lande. Sie betrügen 13 Prozent des Werthes. Schutz Zoll möge immerhin ein winnbringendes Ziel sein, es könne aber erst dann in den Bereich der praktischen Verbesserungen der Verarmung gezogen werden, wenn die Arbeitslosigkeit der Städte zuerst die Forderung gestellt hätte.

London 11. Dezember. Der „Times“ wird aus Philadelphia gemeldet: Die demokratischen Mitglieder des Finanzausschusses beantragen statt des im Entwurfe der Tarifreform für Zinn in Platten vorgeschlagenen Werthzoll von 40 Prozent einen Gewichtszoll von 1 1/2 Cents pro Pfund, und zwar vom ersten Oktober 1894 ab. Die Zölle für Kaffee, Baumwoll und Wein sollen auf 40 Prozent erhöht werden, die für Seidenzeug und gepulste Seide sollen 30 Prozent, für Knöpfe und Perlen 40 Prozent ad valorem betragen.

Stockholm, 11. December. In einem der Bergwerke von Dannemora löste sich gestern ein großer Felsblock los und stürzte 300 Fuß herab, und begrub die Vergleute eines Schachtes unter sich. Nach dreistündiger angestrengter Arbeit gelang es, sämtliche Arbeiter unverseht ans Tageslicht zu befördern.

Belgrad, 11. Dezember. Die Meldung auswärtiger Blätter, daß der Finanz-Ausschuß der Slupschina die Kosten für den serbischen Geschäftsträger in Berlin gestrichen habe, ist unrichtig. Der Finanzausschuß hat nur den Posten des dem serbischen Geschäftsträger in Berlin beigegebenen Mittagsess gestrichen.

Chicago, 11. Dezember. Die Zahl der Beschäftigungslosen in Chicago wird auf 11 700

geschägt. In einer Konferenz der Vertreter der Wohltätigkeits-Anstalten des Staates Illinois wurde ein Komitee ernannt, um einen Unterstützungsfonds von einer Million Dollars aufzubringen.

Montevideo, 11. Dezember. Aus Rio ist hier die sichere Nachricht eingelaufen, daß Admiral Salabhanh sich mit der stark armirten Insel Co-bras und einer Korvette der Insurrektion am 9. Dezember angegeschlossen hat. Ein Manifest des Admirals giebt dem Volkswillen die Wahl der künftigen Regierung anheim.

Stettin, 12. December. Der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten hat, wie der „**Kreuz-Ztg.**“ geschrieben wird, neuerdings bestimmt, daß Anträge auf Verleihung von Ordensauszeichnungen aus Anlaß bestimmter Ereignisse, namentlich von Pensionirungen oder von fünfzigjährigen Dienstjubiläen, Einweihungen und Inbegrifflichkeiten jeder Art, spätestens schon sechs Wochen vor dem entscheidenden Zeitpunkt sich in den Händen des Ministers befinden müssen, widrigenfalls dieselben ausnahmslos unberücksichtigt bleiben.

Im Stadt-Theater findet das zweite Gastspiel des Hr. Leon Fumagalli am Mittwoch statt und zwar singt derselbe den „Tonio“ im „Bojazzo“ und den „Valentin“ in „Margarethe“, von welcher Oper der zweite und vierte Akt zu Aufführung gelangt. Am Donnerstag geht zum ersten Male das Weihnachtsmärchen „Goldmarie und Bechmarie“ in Scene. Im Velleuz-Theater findet heute auf Verlangen eine Wiederholung von „Bajantafena“ statt, morgen Mittwoch gelangt Eubermanns „Neimath“ zu kleinen Preisen zur Aufführung.

Reichsgerichts-Entcheidung. Hat ein Konturirer auch nur durch ein einziges Börsendifferenzgeschäft übermäßige Gewinne verbraucht, so ist er, nach einem Urtheil des Reichsgerichts, 4. Strafsenats, vom 22. September 1893, wegen Bankerotts zu bestrafen, auch wenn er durch andere Differenzgeschäfte Gewinn erlangt und dieser Gewinn den gemachten Verlust übersteigen hat.

— Zur Massen-Petition durch ganz Deutschland gegen den Entwurf eines Tabak-Steuer-Gesetzes werden wir gebeten, das von Mittheilung zu machen, daß das Ordnen, Zählen und Fertigmachen der bisher eingegangenen Petitionslisten in den nächsten Tagen beendet sein wird und daher nur solche Petitionen sicher darauf rechnen können, dem Reichstage überreicht zu werden, die bis spätestens den 14. d. Mts. bei der Geschäftsstelle des Petitions-Ausschusses „Hotel Moser, Hamburg“ eingebracht sind.

* Zu der am letzten Sonntag Nachmittags 5 Uhr in der Schloßkirche abgehaltenen Bibelgesellschaft hatte sich das Gotteshaus mit Anhängern zahlreich gefüllt. Nach allgemeinem Gesänge beizog Herr Pastor Meinhold die Betanten die Kangel, um über Psalm 40, 8—10 in nachdenklichen Worten die Predigt zu halten, welche lebhafte Zeugnis ablegte von dem Wachen der Gesellschaft und der fort und fort steigenden Verbreitung der heiligen Schriften. Die Gemeinde sang einen Choral und alsdann richtete Herr Pastor Knobloch-Greifenhagen vom Altar aus an die 60 Konfirmanden, welche um jenen Platz genommen hatten, auf Grund Matth. 13, 44 eine vom hl. Geist durchwehte, wahrliche Ansprache, nach welcher die Kinder unter Segenssprüchen mit Bibeln beschenkt wurden. Gebet und Ergen und der Gesang des Verses: „Gott mich Dein sein und bleiben“ schloß die Versammlung.

— Dem Gemeinde-Vorsteher Marquardt zu Alt-Priestipp im Kreise Pyritz und dem Gesangs-Aufsicher Jeverenz zu Gollnow im Kreise Rangard ist das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

* Die er vor wenigen Tagen fertig gestellte Weichenabfertigung im Schienenster der Rindergarbenhandlung von Richard Braun, Breitestraße 15, wurde gestern Nachmittag teilweise durch Feuer zerstört. Dasselbe soll durch die elektrische Beleuchtungsanlage verursacht worden sein, doch war Näheres hierüber nicht festzustellen. Bei der Feuerwehr lief die Meldung um 4 1/2 Uhr ein und war dieselbe sogleich zur Stelle, doch kam die nicht mehr in Thätigkeit.

†† Tempelburg, 9. Dezember. Gestern Abend ereignete sich in der dem Fräulein von Arnim und zu dem Rittergute Heinrichsdorf gehörigen Dampfmaschinentheil ein recht berübbener Unglücksfall. Der Deputamüller Freyberg, welcher die Mühlelei befozt, gerieth mit seinen Kleidern an die Betriebswele, welche dieselben zerrißte und Freyberg so lange mit herumgeschleuberte, bis die Kleidungsstücke förmlich vom Körper abfielen und dieser dann gequetscht und getrodden auf den Boden fiel. Freyberg ist sodann nach einigen Stunden qualvoller Schmerzen verschieden. Ob Unvorsichtigkeit oder sonst welche Ursache vorliegt, ist bisher nicht festgestellt, und dürfte die Untersuchung das Nähere ergeben. — Heute beschlagnahmte sich das königliche Amtsgericht hier mit einer Anklagesache gegen einen Händler von hier, welcher beschuldigt war, im Gasthause zu Mendobrow eine Futterkrippe im Werthe von 20 fl. entwendet zu haben. Der Händler, einer sonst achtbaren Familie angehörend, dem man auch

nicht zumutet, daß derselbe sich an dem Eigentum Anderer vergreift, daß Fährwert und hatte auch in Neuwohrow seinem Pferde Futterfroh geben lassen und soll hierbei die Schwinke auf seinen Wagen gekommen sein. Ob nun seine Schwinke mit dieser vertauscht oder der Händler nicht darauf geachtet, kurz nach einem Vierteljahr war er wieder in Neuwohrow und hatte hier auch wieder Futterfroh in der Schwinke vom Bircht gekauft, wobei dieselbe erkannt und Anzeige erstattet war. Der Gerichtshof war jedoch der Ansicht, daß Absicht zur rechtswidrigen Aneignung nicht vorliege und ein anständiger Mensch eines so geringen Objectes wegen keines Diebstahls sich schuldig machen werde und erlosate Freisprechung.

3. Witte. 10. December. In Hoffmann's Hotel tagte Freitag Abend eine außerordentliche Generalversammlung des hiesigen Männer-Turnvereins, welche dem vorjährigen Kassenvorstand Herrn Kaufmann L. Hirschfeld Einlösung erstellte. Darnach wurde beschlossen, am 14. Januar 1899 eine Theateraufführung zu veranstalten, deren Reinertrag je zur Hälfte zu wohlthätigen Zwecken und zur Anschaffung von Turngeräthen verwandt werden soll. Der Eintrittspreis wurde bei der Generalprobe auf 30 Pf., bei der Aufführung auf 50 Pf. für Mitglieder und deren Angehörige festgesetzt; Fremde haben 75 Pf., und, wenn sie an dem Tanzkämpfen theilnehmen, noch 1 Mark zu entrichten. An der Kasse werden die Herren Reichsanwalt Brandt und Rentant Sandbach stehen, während die betheo. Herren, der Turnwart Geher, der Mehl und der stellvertretende Turnwart Tischlermeister Gomoll für Aufrechterhaltung der Ordnung Sorge tragen werden. Darnach wurde von der Versammlung beschlossen, die Fahne, Schärpen und alle noch nicht versicherten Gegenstände bei der Aachen-Münchener Feuerversicherungsgesellschaft zu versichern. Der aus der Mitte der Versammlung gestellte Antrag, bei den Behörden dahin vorstellig zu werden, daß die Seminar-Turnhalle dem Vereine freigegeben werde, konnte nicht zum Beschluß erhoben werden, da der Vorsitzende erklärte, daß der Verein solche Bitte bereits früher an das königliche Provinzial-Schulcollegium gerichtet habe und abschließend beschließen werden sei.

— Die schädliche Influenza tritt wieder an manchen Orten theilweise recht schlimm auf. Demgegenüber ist es von großem Interesse, zu hören, welche Erfolge die Kneipp'sche Wasserbehandlung dieser Epidemie gegenüber erzielt. In dem schon in Köln erschienenen sehr beachtenswerthen Buche „Fäul und gegen Kneipp“ schreibt Dr. med. Alfred Baumgarten, Ober-Badearzt und Leiter der Wörth'scher Heilanstalten, auf Seite 115 über Fieberkrankheiten und Influenza Folgendes: „Bei fieberhaften Krankheiten sind die Anwendungen mit viel größerer Vorsicht auszuführen und im Ganzen viel milder angezeigt. Waschungen, Ganz- oder Theil-Waschungen, sind bei diesen Zuständen das erste, was man gebraucht, um den Kranken zu erfrischen und den fieberhaften Zustand herabzukommen. Wenn man nach der Kneipp'schen Vorschrift einen Influenza-Kranken stündlich mit einer kalten Ganzwaschung behandelt, — rasch in der Anwendung, recht kalt das Wasser, nicht abgetrocknet und sorgfältig abgedeckt — man wird dann über den wunderbaren Erfolg, den diese höchst einfache Anwendung auf den Zustand des Patienten ausübt. Und wenn ich dagegen an das Fieber denke, das ich und Andere bei den Influenza-Epidemien, die ich mitgemacht habe, durch mein Platyphrin, Antifebrin und schließlich Salol-Verordnungen, dabei recht viel starken Wein und Alcohol, ausgetan haben, dann weiß ich ganz genau, wie ich mich selbst bei der nächsten Influenza-Epidemie behandeln werde.“

Schon in wenigen Tagen findet die Abreise der Ansbacher und Venedianer Vöse statt; um die Chancen dieser an sich schon günstigen Vöse noch besser zu gestalten, bat das Bankhaus F. Scholl, Berlin - Niederschönhausen, obige Vöse zu einer Gruppe mit Barletta-Vösen vereinigt und werden Treffer bis zu 2 Millionen, ein Million n. s. w. geboten. Um auch dem weniger Bemittelten diese Vöse zugänglich zu machen, wird obige gerichtlich eingetragene Firma diese Werthe gegen kleine monatliche Raten ab. Wir verweisen auf das heutige Inserat des Bankhauses F. Scholl, Berlin - Niederschönhausen, und wollen sich Interessenten an daselbe wenden.

— Wie von fachverständiger Seite mitgetheilt wird, befinden sich zur Zeit wieder sehr viele mangelhafte hergestellte Lampendochte im Handel, und auf diese Mißthat sind in erster Linie die häufigen Klagen über das „schlechte Brennen der Petroleumlampen“, das heißt also über das frühzeitig eintretende Zurückgehen (Kleinerwerden) der Flamme, zurückzuführen. Derartige Klagen machen sich ja natürlich vorwiegend während der Periode der langen Abende bemerklich, weil bei einer 7—8-Flündigen Brenndauer weit höhere Anforderungen an die Saugfähigkeit des Dochtes gestellt werden, als bei einer 3—4-Flündigen. Im Allgemeinen werden die Dochte viel zu dicht gewebt und ferner enthalten dieselben häufig so erhebliche Mengen eithaltiger Stoffe, daß ein großer Theil der Poren dadurch verstopft wird, so daß die Saugfähigkeit der Dochte starke Einbuße erleidet. Es wäre zu wünschen, daß auch auf dem Gebiet der Dochtfabrikation die für die Konsumenten ja meistens sehr wohlthätigen Folgen des stärkeren Wettbewerbes sich bemerkbar

machen, denn von einem zielbewussten Fortschreiten ist hier wenig oder nichts zu verspüren. Uebrigens soll bei dieser Gelegenheit nicht unerwähnt bleiben, daß auch das Publikum vielfach die Schuld trägt, wenn die Dichte nicht funktionieren wollen. Bei jedem Docht, welcher längere Zeit gearbeitet ist, ein Theil der Poren durch holzartige Bestandtheile des Petroleums verstopft, der Docht ist, wie man sagt, vermischt. Deshalb ist ein häufigeres Eingieihen neuer Döchte, die man übrigens zweckmäßiger Weise zuvor 24 Stunden in Petroleum liegen läßt, sehr zu empfehlen. Döchte, welche längere Zeit (Monate lang) in der unbewegten Lampe geessen haben, ersehe man ebenfalls durch neue.

„Aus Neapel schreibt man unter dem 4. Dezember: In einigen Tagen wird vor dem Schwurgericht zu Ancona ein Aufsehen erregender Prozeß zur Verhandlung kommen, der ursprünglich in Messina und dann in Syrakus sich abspielen sollte, da aber in beiden Städten Richter und Geschworene als befangen galten, wurde der Prozeß dem Gerichtshofe zu Ancona überwiesen. Es handelt sich um die Fälschung des Testaments des verstorbenen Gutsbesizers Bonaviri-Rondinella. Der Universitätsprofessor Domenico Ruggieri, der Notar Antonio Salvatore, die Gräfin Anna Maria La Valle, der Stadtrichter Antonio Biffalli und der Großkaufmann Francesco Genaro, alle aus Messina, wurden beschuldigt, am 6. Juni 1890 im Dorfe Nitico ein gefälschtes Testament aufgesetzt und die gefälligen Erben des Millionärs Rosario Bonaviri, bekannt unter dem Beinamen „Rondinella“ um eine Million Lire betrogen zu haben. Die Verhaftung der Angeklagten rief in Messina ungeheure Aufregung hervor. Wohlklang bilbete sie den bevorzugten Gegenstand aller Unterhaltungen und die gesammte italienische Presse beschäftigte sich mit der Angelegenheit in der ausführlichsten Weise. Der Professor Ruggiero war in Messina sehr bekannt und allgemein geachtet, er war einer der vorzüglichsten Advokaten des dortigen Barreans, Professor des Handelsrechts an der Hochschule, Verfasser bedeutender Werke über Handel und Seerecht, Vorkämpfer der Sparteasse „Principe Amedeo“, Verwaltungsrath des Banco di Sicilia, Provinzialrath, Stadt-

ordnetermordeter, lange Zeit Bürgermeister-
Stellvertreter in Messina und Rath der Handels-
Gehör. Der Advokat und Stadtrichter Vissali
hat seinen Wirkungskreis abwechselnd in den Ge-
richtspräsidenten Santa Teresa di Nibbi, Alf, Santa
Lucia, Dace n. s. w. Salvatore war einer der
beliebtesten Anwälte in Messina. Sein Bureau
genoss eine unzweifelhaft zu den bestechendsten der Stadt.
Frau Anna Maria La Valle war die Gemahlin
des Millionärs Bonaviri, dessen Testament gestiftet
wurde. Die Geschichte der Testamentaufhebung
soll sich nach der Anlageschrift der Staatsan-
waltschaft folgendermaßen zugetragen haben.
Bonaviri hatte nicht die Absicht, zu Gunsten
einer Gattin zu testiren, da er mit ihr seit vielen
Jahren im Unfrieden lebte; die Frau aber soll
die wiederholten Räumungsaufsätze ihres Gatten
für ihre Zwecke ausgenützt und sich mit Mülse
der oben genannten hochgeachteten Persönlichkeiten,
denen alle seine unklaren Beziehungen gehabt
haben, ein Testament fabrizirt haben, auf
Grund dessen sie zur Erbin des größten Theiles
des von Bonaviri hinterlassenen Vermögens ein-
gesetzt wurde. Die Letzte, Professor Mandalai
und Professor Andronico, hatten den Millionär
während seiner Krankheit behandelt und waren
zu gleicher Zeit Testamentzeugen gewesen. Wäh-
rend Mandalai behauptet, daß Bonaviri wohl
fähig gewesen sei zu testiren, wird diese Fähigkeit
von dem letztgenannten Arzte entschieden in Ab-
rede gestellt. Das Testament wurde dem Urtheile
von fünf Schreibschreibenden unterbreitet,
und alle erklärten übereinstimmend, daß die
Unterschrift Bonaviris gestiftet sei. Der Gerichts-
hof in Antona wird nun zu entscheiden haben,
auf welcher Seite die Wahrheit ist. In ganz
Sizilien sieht man der Entwicklung des Processes
mit großer Spannung entgegen.

Rosen, 11. Dezember. Spiritus solo ohne
Faß 50er 48,00, do. 70er 28,60. Matt. — 6

Wagdeburg, 11. December. Zucker-
ericht. Kornzucker eshl., von 92 Prozent
—, neue —, Kornzucker eshl. 88 Prozent
Mendement 12,00, neue 13,05. Nachprodukte eshl.
des Prozent Rendement 10,20. Schwach.
Brob-Raffinade I. —. Brob-Raffinade II.
—, Gemahlene Raffinade mit Faß 26,75.
Gemahlener Weiss I. mit Faß 24,75. Rahm-
Kornzucker I. Produkt Transite f. a. B. Hamburg
per December 12,42 $\frac{1}{2}$ bez., 12,45 G., per
Januar 12,52 $\frac{1}{2}$ bez., 12,55 G., per Februar
12,60 G., 12,65 G., per März 12,70 G., 12,72 $\frac{1}{2}$
G. — Still.

Hamburg, 21. Dezember, Vormittags 11 Uhr. Kaffee. (Vormittagsbericht.) Good average Santos per Dezember 81,75, per März 80,50, per Mai 78,50, per September 76,25. — Behaupftet.

Hamburg, 11. Dezember, Vormittags 11
Uhr. Zu der Markt. (Vormittagsbericht)
 Rübenroßzucker 1. Produkt Basis 88 pCt. Rendement neue Ulfance frei an Bord Hamburg
 per Dezember 12,45, per März 12,75, per Mai

Köln, 11. Dezember, Nachm. 1 Uhr. Getreidemarkt. Weizen alter hiesiger loco 16,25, do. neuer hiesiger 15,75, fremder loco 15,75, per September 12,80. Behauptet.

16,75, per November —,—. Roggen hiesiger
loft 14,75, do. fremder 16,50, per November
—,—. Hafer alter hiesiger loft —,—, do.
neuer hiesiger 17,25, fremder 17,00. Rüböl
loft 51,00, per Mai 49,50. — Wetter: Trübe.

Wien, 11. December. Getreidemarkt.
Weizen per Frühjahr 7,66 G., 7,68 B.
Roggen per Frühjahr 6,43 G., 6,45 B. Mais
per Mai-Juni 5,42 G., 5,44 B. Hafer per
Frühjahr 7,02 G., 7,04 B.

Havre, 11. December, Vorm. 10Uhr 30 Min.
(Telegramm der Hamburger Firma Peimann,
Ziegler & Co.) Kaffee good average Santos
per Dezember 102.25, per März 99.50, per
Mai 98.25. Bekanntes.

London, 11. Dezember. Die Getreidezufuhren betrugen in der Woche vom 2. Dezember bis zum 8. Dezember: Englischer Weizen 3929, fremder 37110, englische Gerste 2987, fremde 91524 englische Malzgerste 11363, fremde 900, englischer Hafer 112, fremder 25726 Oats, englisches Mehl 13984, fremdes 64021. (Zur und 5 Pfd.)

Glasgow, 11. Dezember, Vormittags 11
Uhr 5 Minuten. Roheisen. Mixed numbers
warrants 43 Sh. 8½ d. Fest.

Berlin, 11. Dezember. Wochen-Übersicht der Reichsbank vom 7. Dezember.

Aktiva.

- 1) Metallbestand (der Bestand an leistungsfähigem deutschen Gelde und an Geld in Barren oder ausländischen Wäzungen) das Pfund sein zu 1392 M., berechnet M. 829 239 000, Zunahme 2 320 000.
- 2) Bestand an Reichskassenscheinen M. 24 915 000, Zunahme 291 000.
- 3) Bestand an Noten and. Bank. M. 10 191 000, Abnahme 1 497 000.
- 4) Bestand an Wechseln M. 524 065 000, Abnahme 27 395 000.
- 5) Bestand an Lombardfordern. M. 94 759 000, Abnahme 3 039 000.
- 6) Bestand an Effekten M. 5 373 000, Zunahme 221 000.
- 7) Bestand an sonst. Aktiven M. 43 309 000, Abnahme 5 886 000.

Abnahme 5 886 000.

Passiva.

8) Das Grundkapital M. 120 000 000 unverändert.

9) Der Reservefonds M. 30 000 000 unverändert.

10) Der Betr. der umlauf. Not. M. 951 615 000, Abnahme 10 738 000.

11) An sonstigen tägl. fälligen Verbindlichkeiten 413 949 000, Abnahme 24 615 000.

12) An sonstigen Passiva M. 1 044 000, Abnahme 19 000.

Nach der Abwicklung der Ultimoregulierung hat wieder eine Entlastung der Bank stattgefunden. Das Wechselportefeuille hat um 27 Millionen, das Lombardkonto um 3 Millionen abgenommen. Interessens sind aber auf Girokonto der Bank 24,6 Millionen entzogen worden. Dem entsprechend hat der Betrag der umlaufenden Noten um 10,7 Millionen ab-, der Metallbestand um 2,3 Millionen zugenommen.

Wien, 11. December. In hiesigen Hofkreisen ist das Gerücht verbreitet, daß das schon seit längerer Zeit bestehende Projekt einer Verlobung des Erzherzogs Franz Ferdinand Este mit der einzigen Tochter des Sarenpaares, Großfürstin Xenia, nunmehr festere Gestalt angenommen habe.

Wie ein Gerücht wissen will, soll der Herzog Franz Ferdinand d'Este im Laufe des Monats Januar zur Jagd nach Kupinowa in Sirmien reisen und bei dieser Gelegenheit eine Zusammenkunft mit dem König Alexand. v. Serbien haben.

Mont, 11. Dezember. In Bitonto bei Bari
verstrichen die Bauern den Steuer-Einnehmer,
welcher ihnen ein zu kirchlichen Feiertagen be-
stimmtes Gefäß abgepfändet hatte, mit Petroleum,
welches sie anzündeten. Der Steuer-Einnehmer
wurde lebensgefährlich verletzt. Bei dem Angriff,
welchen die Genbarmerie unternahm, wurde ein
Bauer getödtet und 10 verwundet. 16 Verhaf-
tungen wurden vorgenommen.

für Dienstag, den 12. Dezember.
Ziemlich heiteres Wetter mit mäßigen süd-
lichen Winden ohne erhebliche Niederschläge und
ohne wesentliche Wärmeänderung.

Elbe bei Dresden, 9. Dezember, — 1,60
Meter. — Elbe bei Magdeburg, 9. Dezember,
+ 0,96 Meter. — Anknit bei Strassfurt,
9. Dezember, + 1,05 Meter. — Oder bei
Dreslau, 9. Dezember, Oberpegel + 4,49 Meter,
Unterpegel — 0,52 Meter. — Warthe bei
Bresen, 9. Dezember, + 1,08 Meter. — Dege
bei Ulf, 6. Dezember, + 1,10 Meter. —
Weichsel bei Thorn, 9. Dezember, + 1,68
Meter.

Berlin, den 11. Dezember 1893.		Deutsche Fonds, Pfand- und Rentenbriefe.		Fremde Fonds.		Bergwerk- und Gütergesellschaften.		Eisenbahn-Stamm-Aktien.		Bank-Papiere.	
		Arg. Anl. 5% 50,250		Def. St.-A. 4% 96,400		Berg. Anl. 12% 121,750		Eisenb.-St.-A. 4% 108,200		Dividende von 1902	
		Anf. St.-A. 5% 94,250		Def. St.-A. 4% 96,400		Berg. Anl. 12% 121,750		Eisenb.-St.-A. 4% 108,200		Dividende von 1901	
		Buen-Aires 94,250		Def. St.-A. 4% 96,400		Berg. Anl. 12% 121,750		Eisenb.-St.-A. 4% 108,200		Bankf. Brit. 121,100	
		Colomb. Anl. 5% 33,000		Def. St.-A. 4% 96,400		Berg. Anl. 12% 121,750		Eisenb.-St.-A. 4% 108,200		do. Brod. 3% 66,100	
		Sta. Rente 5% 82,000		Def. St.-A. 4% 96,400		Berg. Anl. 12% 121,750		Eisenb.-St.-A. 4% 108,200		Dresd. B. 7% 131,900	
		Sta. Rente 5% 82,000		Def. St.-A. 4% 96,400		Berg. Anl. 12% 121,750		Eisenb.-St.-A. 4% 108,200		Nationalf. 6 1/2% 105,700	
		Sta. Rente 5% 82,000		Def. St.-A. 4% 96,400		Berg. Anl. 12% 121,750		Eisenb.-St.-A. 4% 108,200		Romm. Hyp. 113,900	
		Sta. Rente 5% 82,000		Def. St.-A. 4% 96,400		Berg. Anl. 12% 121,750		Eisenb.-St.-A. 4% 108,200		conv. 6% 113,900	
		Sta. Rente 5% 82,000		Def. St.-A. 4% 96,400		Berg. Anl. 12% 121,750		Eisenb.-St.-A. 4% 108,200		Pr. Centr.- 9 1/2% 150,500	
		Sta. Rente 5% 82,000		Def. St.-A. 4% 96,400		Berg. Anl. 12% 121,750		Eisenb.-St.-A. 4% 108,200		Bod. 9 1/2% 150,500	
		Sta. Rente 5% 82,000		Def. St.-A. 4% 96,400		Berg. Anl. 12% 121,750		Eisenb.-St.-A. 4% 108,200		Reichsb. 8 1/2% 13,900	
		Sta. Rente 5% 82,000		Def. St.-A. 4% 96,400		Berg. Anl. 12% 121,750		Eisenb.-St.-A. 4% 108,200		Austf. Noten 215,000	
		Sta. Rente 5% 82,000		Def. St.-A. 4% 96,400		Berg. Anl. 12% 121,750		Eisenb.-St.-A. 4% 108,200			
		Sta. Rente 5% 82,000		Def. St.-A. 4% 96,400		Berg. Anl. 12% 121,750		Eisenb.-St.-A. 4% 108,200			
		Sta. Rente 5% 82,000		Def. St.-A. 4% 96,400		Berg. Anl. 12% 121,750		Eisenb.-St.-A. 4% 108,200			
		Sta. Rente 5% 82,000		Def. St.-A. 4% 96,400		Berg. Anl. 12% 121,750		Eisenb.-St.-A. 4% 108,200			
		Sta. Rente 5% 82,000		Def. St.-A. 4% 96,400		Berg. Anl. 12% 121,750		Eisenb.-St.-A. 4% 108,200			
		Sta. Rente 5% 82,000		Def. St.-A. 4% 96,400		Berg. Anl. 12% 121,750		Eisenb.-St.-A. 4% 108,200			
		Sta. Rente 5% 82,000		Def. St.-A. 4% 96,400		Berg. Anl. 12% 121,750		Eisenb.-St.-A. 4% 108,200			
		Sta. Rente 5% 82,000		Def. St.-A. 4% 96,400		Berg. Anl. 12% 121,750		Eisenb.-St.-A. 4% 108,200			
		Sta. Rente 5% 82,000		Def. St.-A. 4% 96,400		Berg. Anl. 12% 121,750		Eisenb.-St.-A. 4% 108,200			
		Sta. Rente 5% 82,000		Def. St.-A. 4% 96,400		Berg. Anl. 12% 121,750		Eisenb.-St.-A. 4% 108,200			
		Sta. Rente 5% 82,000		Def. St.-A. 4% 96,400		Berg. Anl. 12% 121,750		Eisenb.-St.-A. 4% 108,200			
		Sta. Rente 5% 82,000		Def. St.-A. 4% 96,400		Berg. Anl. 12% 121,750		Eisenb.-St.-A. 4% 108,200			
		Sta. Rente 5% 82,000		Def. St.-A. 4% 96,400		Berg. Anl. 12% 121,750		Eisenb.-St.-A. 4% 108,200			
		Sta. Rente 5% 82,000		Def. St.-A. 4% 96,400		Berg. Anl. 12% 121,750		Eisenb.-St.-A. 4% 108,200			
		Sta. Rente 5% 82,000		Def. St.-A. 4% 96,400		Berg. Anl. 12% 121,750		Eisenb.-St.-A. 4% 108,200			
		Sta. Rente 5% 82,000		Def. St.-A. 4% 96,400		Berg. Anl. 12% 121,750		Eisenb.-St.-A. 4% 108,200			
		Sta. Rente 5% 82,000		Def. St.-A. 4% 96,400		Berg. Anl. 12% 121,750		Eisenb.-St.-A. 4% 108,200			
		Sta. Rente 5% 82,000		Def. St.-A. 4% 96,400		Berg. Anl. 12% 121,750		Eisenb.-St.-A. 4% 108,200			
		Sta. Rente 5% 82,000		Def. St.-A. 4% 96,400		Berg. Anl. 12% 121,750		Eisenb.-St.-A. 4% 108,200			
		Sta. Rente 5% 82,000		Def. St.-A. 4% 96,400		Berg. Anl. 12% 121,750		Eisenb.-St.-A. 4% 108,200			
		Sta. Rente 5% 82,000		Def. St.-A. 4% 96,400		Berg. Anl. 12% 121,750		Eisenb.-St.-A. 4% 108,200			
		Sta. Rente 5% 82,000		Def. St.-A. 4% 96,400		Berg. Anl. 12% 121,750		Eisenb.-St.-A. 4% 108,200			
		Sta. Rente 5% 82,000		Def. St.-A. 4% 96,400		Berg. Anl. 12% 121,750		Eisenb.-St.-A. 4% 108,200			
		Sta. Rente 5% 82,000		Def. St.-A. 4% 96,400		Berg. Anl. 12% 121,750		Eisenb.-St.-A. 4% 108,200			
		Sta. Rente 5% 82,000		Def. St.-A. 4% 96,400		Berg. Anl. 12% 121,750		Eisenb.-St.-A. 4% 108,200			
		Sta. Rente 5% 82,000		Def. St.-A. 4% 96,400		Berg. Anl. 12% 121,750		Eisenb.-St.-A. 4% 108,200			
		Sta. Rente 5% 82,000		Def. St.-A. 4% 96,400		Berg. Anl. 12% 121,750		Eisenb.-St.-A. 4% 108,200			
		Sta. Rente 5% 82,000		Def. St.-A. 4% 96,400		Berg. Anl. 12% 121,750		Eisenb.-St.-A. 4% 108,200			
		Sta. Rente 5% 82,000		Def. St.-A. 4% 96,400		Berg. Anl. 12% 121,750		Eisenb.-St.-A. 4% 108,200			
		Sta. Rente 5% 82,000		Def. St.-A. 4% 96,400		Berg. Anl. 12% 121,750		Eisenb.-St.-A. 4% 108,200			
		Sta. Rente 5% 82,000		Def. St.-A. 4% 96,400		Berg. Anl. 12% 121,750		Eisenb.-St.-A. 4% 108,200			
		Sta. Rente 5% 82,000		Def. St.-A. 4% 96,400		Berg. Anl. 12% 121,750		Eisenb.-St.-A. 4% 108,200			
		Sta. Rente 5% 82,000		Def. St.-A. 4% 96,400		Berg. Anl. 12% 121,750		Eisenb.-St.-A. 4% 108,200			
		Sta. Rente 5% 82,000		Def. St.-A. 4% 96,400		Berg. Anl. 12% 121,750		Eisenb.-St.-A. 4% 108,200			
		Sta. Rente 5% 82,000		Def. St.-A. 4% 96,400		Berg. Anl. 12% 121,750		Eisenb.-St.-A. 4% 108,200			
		Sta. Rente 5% 82,000		Def. St.-A. 4% 96,400		Berg. Anl. 12% 121,750		Eisenb.-St.-A. 4% 108,200			
		Sta. Rente 5% 82,000		Def. St.-A. 4% 96,400		Berg. Anl. 12% 121,750		Eisenb.-St.-A. 4% 108,200			
		Sta. Rente 5% 82,000		Def. St.-A. 4% 96,400		Berg. Anl. 12% 121,750		Eisenb.-St.-A. 4% 108,200			
		Sta. Rente 5% 82,000		Def. St.-A. 4% 96,400		Berg. Anl. 12% 121,750		Eisenb.-St.-A. 4% 108,200			
		Sta. Rente 5% 82,000		Def. St.-A. 4% 96,400		Berg. Anl. 12% 121,750		Eisenb.-St.-A. 4% 108,200			
		Sta. Rente 5% 82,000		Def. St.-A. 4% 96,400		Berg. Anl. 12% 121,750		Eisenb.-			

Stroman aus dem Goldthale Siebenbürgens - Von
E. von Wald-Zebtwitz.

1875

1875

H

London



Geimath.
Schauspiel von **Herrn Sudermann.**
Die nächste Aufführung von **Pajazzi** und
„Charley's Tante“ findet Freitag statt.

Thalia-Theater.

Sensationeller Erfolg.
Mlle. Lilly Leonsen,
die beste schauspielerisch-tragischste Künstlerin der Jetztzeit.
Zum 3. Male:
„La Sylphide“,
großes Ballet-Diversiflement aus dem Ballet „Sylvia“,
Aufstehen des gesammten großartigen
Spezialtaten-Personals!
Letzte Woche!
Donnerstag nach der Vorstellung: Extra-Tanzfrühsitzung.

Familien-Anzeigen aus anderen Zeitungen.
Geboren: Ein Sohn: Herrn Hermann Schütze
 [Stammn.]
Verlobt: Fräulein Käthe Weslin mit Herrn Ludwig Verberl [Mohnd-Virnaeus (Mehnpfals)].
Gestorben: Frau Anna Emsch geb. Schleich [Stettin]. — Frau Johanna Büßke geb. Mann [Lafsburg]. — Herr Carl Dittmann [Erfurt]. — Frau Dr. Gantel geb. v. Belling [Erfurt]. — Herr Friedrich von Wiedicke [Stolbergemünde]. — Herr Ludwig Neupert [Stolberg]. — Herr Gottlieb Nagel [Putgarten]. — Fräulein Maria Birkow [Grimmen]. — Frau Friederike Strohm geb. Wisk [Griethwalde]. — Herr Carl Schudits [Anklam]. — Herr Johannes Schwanitz [See- und Albeck]. — Herr Johann Knippel [Siedtemünde]. — Herr Johann Nagle [Nisow]. — Frau Emma Büttcher geb. Kießlich [Stolberg].

Stettiner Handwerker-Verein
 Heute Abend:
Probe zur Matinee.
 Alle Sänger.
 Der Vorstand.

Mein Bureau befindet sich nicht mehr
 Breitestr. 11, sondern Breitestr. 12.
 Storch, Rechtsanwält u. Notar.